

Ball

Wilhelm der Letzte

Richard Ball

**Wilhelm der Letzte
Bilanz über 25 Jahre Regierungszeit
Wilhelms II.**

Herausgegeben von
Nathalie Chamba und Eberhard Demm

Traugott Bautz Verlag
Nordhausen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://www.dnb.de>> abrufbar.

Abbildung:

Teil des Werbeplakats für die französische Version des Buches
von 1909.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin: PAAA, P 1, 407.

© Verlag Traugott Bautz GmbH

98734 Nordhausen 2017

ISBN 978-3-95948- 256-1

Inhaltsverzeichnis

Einführung	7
1. Der Autor – Biographischer Abriss	7
2. Das Werk	12
3. Die Edition	15
Einleitung	17
I. Der Kaiser	19
1. Persönliches Regiment und Kamarilla	19
2. Zustände im Heer, Soldatenmißhandlungen und Offiziere	31
3. Sitten am Berliner Hofe, Homosexualität und parteiische Justiz	47
4. Klassenjustiz	58
5. Irrenhaus als Strafe	72
6. Bürokratie	77
7. Gottesgnadentum und Junkerherrschaft	79
8. Die Familie des Kaisers und Majestätsbeleidigungen	91
9. Drei-Klassen-Wahlrecht	103
10. Reichstag, Ordens- und Titelfug	109
11. Geld und Günstlingswirtschaft	116
12. Brutale Germanisierung	123
II. Des Kaisers Weltpolitik	129
1. Frankreich	129
2. England	132
3. Amerika	136
4. Österreich	139
5. Italien	143
6. Rußland	144
7. Portugal	146
8. Spanien	148
9. Holland und Belgien	149
10. Schweiz	152
11. China, Kiautschou und Japan	153

12. Dänemark, Schweden und Norwegen	154
13. Der Kaiser und seine Diplomaten	156
14. Der Kaiser und der Islam	158
III. Die Offenbarung der Pythia	161
Abkürzungen	165
Quellen und Literaturverzeichnis	165
Personenregister	171

Einführung

1. Der Autor – Biographischer Abriss¹

Richard Ernst Franz Ball wurde am 4. Februar 1861 in Wilsnack (Priegnitz) als Sohn eines Gastwirts geboren. In der Wilhelminischen Klassengesellschaft konnte ihm sein Vater natürlich nur den Besuch der Volksschule ermöglichen, so dass er 1875 im Alter von 14 Jahren zunächst als Kanzlist in die Polizeiverwaltung und Gerichtskommission Wilsnack eintrat. 1880 verpflichtete er sich für 12 Jahre Militärdienst, um später als Militäranwärter, spöttisch „Zwölfender“ genannt, zu einer Position im subalternen Verwaltungsdienst berechtigt zu sein. Offenbar interessierte er sich frühzeitig für den Diplomatischen Dienst, erlernte daher die englische und französische Sprache und absolvierte 1893/1894 erfolgreich eine Ausbildung als Gerichtschreibergehilfe. Bereits im November 1892, also kurz vor Ablauf der Zwölfjahresfrist, bemühte er sich um eine Stelle im Auswärtigen Amt, wurde am 11. Januar 1895 probeweise in der Berliner Zentrale eingestellt, im November des gleichen Jahres an die Gesandtschaft in Bern versetzt und wegen „treuer Pflichterfüllung“ schließlich am 23. März 1900 zum 2. Delegations-Kanzlisten in der deutschen Gesandtschaft in Den Haag mit 5.000 Mark Jahresgehalt ernannt. Auf eigenen Wunsch wurde er schließlich im Dezember 1903 versetzt, kam allerdings in die ihm wenig zuzugende Stadt St. Petersburg.

Bereits im Sommer 1902 begann eine Affäre, die seinem Schicksal eine katastrophale Wendung geben sollte. Er beschuldigte seinen Vorgesetzten in Den Haag, den Kanzleichef Hofrat Karl Schneider, dienstliche Briefmarken veruntreut, für Privatbriefe benutzt oder mit Gewinn verkauft zu haben. Der deutsche Gesandte in Den Haag, Friedrich Graf Pourtalès, installierte daraufhin eine Briefmarkenkontrolle, die die dienstlichen Portokosten spürbar verminderte, allerdings nach Pourtalès' Versetzung im Dezember 1902 von Schneider wieder annulliert wurde. Von Pourtalès' Nachfolger Karl von Schlözer verlangte Ball vergeblich eine formelle Anzeige an das Auswärtige Amt und beschwerte sich schließlich beim Reichskanzler, Bernhard Graf Bülow, der ja nach der deutschen Verfassung die Oberaufsicht über alle nur von Staatssekretären geleiteten Reichsämter inne hatte, und schwärzte über seine Ehefrau Schlözer wegen angeblicher weiterer Verfehlungen sogar beim Kaiser an. Allerdings lehnte die Behörde eine Untersuchung ab, um nicht einen deutschen Diplomaten vor dem Ausland zu diskreditieren, und Ball wurde daher wieder-

¹ Dieses Kapitel ist ein Resümee von Demm 2017, S. 5-23.

holt schriftlich und mündlich aufgefordert, seine Anklage fallen zu lassen, und schließlich gar mit einem Disziplinarverfahren bedroht. Als er sich weigerte, wurde er in St. Petersburg verhört und ein Protokoll seiner Aussagen nach Berlin geschickt. Schlözer und Schneider wiesen natürlich alle Behauptungen Balls zurück, so dass dieser im Oktober 1904 wegen unwahrer Beschuldigungen suspendiert wurde und ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung gegen ihn eingeleitet wurde. Allerdings wiesen im Sommer 1906 sowohl die Disziplinarkasse in Potsdam wie der Disziplinarhof in Leipzig den Antrag auf Dienstentlassung zurück mit der Begründung, dass die Anschuldigungen Balls hätten geprüft werden müssen. Allerdings habe Ball gegen die sog. Amtsverschwiegenheit verstoßen, weil er seine Vorwürfe auch in der Öffentlichkeit geäußert hatte, und wurde daher zu einem Verweis und zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Daraufhin bemühte sich das Personalreferat des Auswärtigen Amtes um eine gütliche Beilegung der Angelegenheit und ernannte Ball zum Legationskanzlisten in Guatemala mit dem ganz ansehnlichen Jahresgehalt von 8.000 Mark, das infolge der Auslandszulage so hoch war wie das Gehalt eines preußischen Oberpräsidialrats, der dritthöchsten Position im Verwaltungsdienst. Ball aber hatte kein Interesse an einer Stelle im „tropischen Sibirien Guatemala“ und bat wiederholt wegen seines angegriffenen Zustandes um Urlaub. Schließlich verlor man in Berlin die Geduld, und Reichskanzler Fürst Bülow forderte ihn ultimativ auf, sich entweder sofort nach Guatemala einzuschiffen oder ein ärztliches Attest vorzulegen. Daraufhin machte Ball einen entscheidenden Fehler, der sein ganzes Leben ruinieren sollte: Er erklärte, aus gesundheitlichen Gründen nicht in einem tropischen Land arbeiten zu können und bat im Oktober 1906 den Reichskanzler um „auskömmliche“ Pensionierung. Sehr erleichtert, den lästigen Querulanten so leicht loszuwerden, kam das Auswärtige Amt seiner Bitte postwendend nach und setzte ihm eine Jahrespension in Höhe von 1.800 Mark aus, was immerhin dem Inlandsgehalt eines Kanzlisten im Anfang seiner Laufbahn entsprach. Die restliche Zeit seines Lebens – immerhin noch 32 Jahre – verbrachte Ball nun damit, mit Hilfe der unglaublichsten Manöver und unzähliger Briefe seine Pensionierung wieder rückgängig zu machen.

Zunächst bat er um eine Wiedereinstellung, begründete seinen Pensionierungsantrag mit „Übereilung“ und „Verzweiflung“ und drohte mit Veröffentlichung der Briefmarkenaffäre. Als seine Gesuche abgelehnt wurden, ging Ball an mehreren Fronten zum Angriff über. Er drohte mit einer zivilrechtlichen Klage gegen seine „vorschriftswidrige und ungesetzliche Pensionierung“ und beauftragte einen Journalisten namens Dr. Adolf Henle mit der Abfassung einer Broschüre über sein Disziplinarverfahren. Als dieser daraufhin auf Veranlassung des Reichskanzlers im Februar 1907 von der Politischen Polizei in Ber-

lin verhaftet und zeitweilig eingesperrt wurde, gelang es Ball, seine Angelegenheit in die linksliberale Presse zu lancieren: Das *Berliner Tageblatt* Theodor Wolffs und die scharf oppositionelle *Welt am Montag* Hellmut von Gerlachs berichteten ausführlich über die Briefmarkenaffäre und Balls Entlassung.

Um die gleiche Zeit bat Ball den einflussreichen Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger um Intervention und schickte, vermutlich auf dessen Anregung, im April 1907 eine umfangreiche Petition an den Reichstag sowie direkt an verschiedene Abgeordnete. Erzberger interpellierte bereits Anfang März und erneut am 1. Mai den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, wurde aber vom Geheimen Legationsrat Georg von Schwartzkoppen unverfroren mit der Ausrede abgespeist, dass der Disziplinarhof geirrt habe, Balls Vorwürfe haltlos gewesen wären und seine Pensionierung wegen offenkundiger Geisteskrankheit gerechtfertigt war. Ein knappes Jahr später wurde auch Balls Petition von der zuständigen Kommission zurückgewiesen.

Im November 1907 erschien Henles Broschüre mit dem reißerischen Titel „Fürst Bülow als Angeklagter. Skandalöse Zustände in Deutschland“ unter dem Pseudonym „Spectator“ in Lausanne. Darin verknüpfte der Verfasser Balls Angelegenheiten mit der weithin bekannten Affäre eines anderen subalternen Beamten des Auswärtigen Amtes, des berühmten Whistleblowers Oskar Poeplau, der die unbeschreiblichen Gräueltaten von Offizieren und Beamten in den deutschen Kolonien enthüllt hatte. Henle hoffte vermutlich, dadurch eine ähnlich breite Publizität zu erreichen. Er bezeichnete Ball als „einen zweiten Fall Poeplau“, zählte die einschlägigen Argumente auf und prangerte außerdem angebliche Verfehlungen Schlözers und anderer Diplomaten an. Die Schuld sah er bei Bülow, verlangte, ihn vor Gericht zu stellen und schrieb wörtlich: „Es gilt, den Fürsten Bernhard von Bülow, den vierten Kanzler des Deutschen Reiches, als das Grundübel der moralischen und politischen Fäulnis Deutschlands vor aller Welt anzuklagen, zum Nutzen des guten deutschen Volkes.“ Das Ziel der Broschüre war natürlich, den Reichskanzler unter Druck zu setzen, um Ball wieder zu einer Position im Auswärtigen Amt zu verhelfen. Allerdings war das Presseecho überwiegend negativ, es wurden nur wenige Exemplare verkauft, und der Reichskanzler verzichtete sogar auf die von Ball sehnsüchtig erwartete Beleidigungsklage. Auch Balls eigene Broschüre „Mein Disziplinar-Verfahren unter dem Reichskanzler Fürst von Bülow“ (Genf 1908) hatte nicht den gewünschten Erfolg. Der Berliner Polizeipräsident bestätigte dem Auswärtigen Amt, dass eine Verbreitung der Broschüre in größerem Umfang nicht zu erwarten sei, und die Behörde war auch diesmal zu keinerlei Zugeständnissen bereit. In der Tat sind nur vier Exemplare von Balls Broschüre erhalten.

Zu Balls Strategie gehörten auch zahlreiche Klagen vor Gericht. Er verklagte den Reichsfiskus wegen ungesetzlicher Pensionierung, Schwartzkoppen

und den Reichskanzler wegen verleumderischer Beleidigung, Schlözer wegen falscher Abrechnungen und veranlasste sogar seinen Schwager zu einer Klage gegen Schneider, doch die erste Klage war erfolglos und die weiteren Klagen wurden von den Gerichten gar nicht erst zugelassen.

Nachdem nun alle bisherigen Initiativen Balls gescheitert waren, versuchte er nun, die höchste Autorität des Deutschen Reiches für sich zu mobilisieren: Wilhelm II. Bereits in den Jahren 1904 bis 1906 hatte er sich gelegentlich direkt oder über seine Frau an den Kaiser gewandt, wegen des Disziplinarverfahrens und der Pensionierung, aber ab 1907 überschüttete er nicht nur ihn, sondern auch einige Prinzen mit Briefen, bezeichnete sich als Opfer eines Justizmordes und erklärte, er sei „entschlossen, wegen des Unrechts bis an sein Lebensende zu kämpfen“. Natürlich bekam er nie eine Antwort, warf dem Kaiser dann vor, „selbst die furchtbaren Härten wider mich befohlen haben“ und redigierte schließlich über ihn eine diffamierende Broschüre, die er aus unbekanntem Gründen ins Französische übersetzen ließ: „La chute de l'Allemagne. Guillaume le dernier en fuite! Où est mon peuple? Où est mon empire?“ (Genf 1909). Er schickte sie an den Kaiser und versprach ihm, Bülow und ab 7. Juli auch dem neuen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg in unzähligen Briefen, sie nicht weiter zu verkaufen, wenn er wieder eine Stelle im Auswärtigen Amt bekäme. Die Behörde verzichtete jedenfalls auf eine Anklage, um Ball nicht noch mehr Publizität zu verschaffen. Im übrigen wurde die Broschüre kaum beachtet, es sind anscheinend nur noch drei Exemplare nachweisbar.

Ball ließ sich durch diesen Misserfolg nicht einschüchtern, bereitete eine aktualisierte Edition der Kaiserbroschüre auf Deutsch vor und gründete gleichzeitig mit Hilfe des Journalisten Herbert Karo in der Schweiz ein Wochenblatt mit dem Titel *Die Kritik – Neue Deutsche Zeitung*, von dem zwischen dem 19. Juni und dem 22. Juli 1911 insgesamt vier Nummern erschienen. Darin wurde überwiegend über Skandale in Deutschland berichtet, z.B. über betrügerische Bankrottaffären, die Entmündigung und Internierung politisch missliebiger Personen, die Schreckenszustände in der preußisch-deutschen Justiz, die unschuldigen Opfer des Staatsanwalts Hugo Isenbiel und die Korruption bei den städtischen Behörden. Außerdem veröffentlichte darin mehrfach eine Anzeige, die ganz auf ihn zugeschnitten war und ein Licht auf seine verzweifelte Situation warf:

„Herr in den vierziger Jahren mit tadelloser Vergangenheit, der französisch, englisch, holländisch und italienisch spricht, stenographiert, juristisch gebildet, im Bureauwesen erfahren, Nichtraucher, Nichttrinker, findig und gewissenhaft ist, sowie sich mit Leichtigkeit in alle anderen Betriebe hineinfinden würde,

sucht zum 1. Januar 1912 passenden Wirkungskreis. Erwünscht wäre Verwalter-, Sekretärstelle.“

Natürlich versicherte Ball dem Kaiser, er würde die Zeitung sofort einstellen, wenn man seine Eingaben berücksichtigte. Leider erhielt er wieder keine Antwort und konzentrierte sich nun ganz auf seine deutsche Kaiserbroschüre, die Anfang 1912 zunächst unter dem Titel „Guillaume le Dernier – Deutsche Ausgabe“ bei dem Verleger Heinrich Kreie in Birsfelden bei Basel, dann, als dieser den Druck wegen des anrühigen Inhalts unterbrechen ließ, unter dem neuen Titel „Bilanz über 25 Jahre Regierungszeit Wilhelms II.“ in einer Auflage von 15.000 Exemplaren in dem von Ball gegründeten Novitas-Verlag Basel erschien. Der Verfasser schickte sie zuerst in Teildrucken, dann komplett an den Kaiser und bat ihn vom 15. Dezember 1911 bis zum 26. Januar 1914 in zahlreichen Briefen um Gnade und Berücksichtigung seiner Eingaben und versprach, die Broschüre in dem Falle nicht weiter zu verkaufen. Im Februar 1912 schickte Ball zahlreiche Exemplare seiner Broschüre an einen Kommissionsbuchhändler in Leipzig, wo allerdings die Sendung vom Zoll festgehalten wurde und die zuständige Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung einleitete. Ende März urteilte die zweite Strafkammer des Königlichen Landgerichts, wegen Majestätsbeleidigung nach § 95 Strafgesetzbuch alle Exemplare der Broschüre zu beschlagnahmen und unbrauchbar zu machen.

Das weitere Schicksal Balls ist schnell erzählt. Er lebte weiterhin recht kümmerlich in der Schweiz, doch als der Erste Weltkrieg ausbrach, schickte er dem Kaiser seine Militärpapiere und bat ihn sowie den Reichskanzler trotz seines fortgeschrittenen Alters – er war inzwischen 53 Jahre alt – um Verwendung für das Vaterland. Ob sein Angebot ernst gemeint war, ist fraglich, denn er hätte sich ja ohne weiteres in der nächsten deutschen Stadt persönlich melden können. Jedenfalls nahm er keinen Kontakt zu jenen deutschen Emigranten auf, die unter der Leitung des Elsässers Johann Jakob Waltz (Hansi) für den französischen „Service de la propagande aérienne“ deutschfeindliche Flugblätter und Propagandabroschüren redigierten. Er versuchte allerdings, seine Kaiserbroschüre zu verkaufen, bis die Schweiz sie auf deutschen Druck hin verbot und Ball mit Ausweisung bedrohte. In den folgenden Jahren diente er sich immer wieder dem Auswärtigen Amt an mit Berichten über deutsche Deserteure in der Schweiz, über Warenlieferungen Schweizer Firmen nach Frankreich, auch mit Angeboten, Produkte über die Schweizer Grenze nach Deutschland zu schmuggeln. Nach dem Sieg der Alliierten schrieb er triumphierend an den „Reichskanzler“, d.h. wohl an den Rat der Volksbeauftragten:

„In meiner schon 1910 dem Kaiser und Auswärtigen Amte bekannt gegebenen Broschüre habe ich dies (Weltkrieg und Niederlage) in allen Einzelheiten vorausgesagt, gewarnt und bedauere schmerzlich, dass diese Warnung keine Beachtung gefunden hat.“

1919 veröffentlichte er seine 1912 verbotene Broschüre „Wilhelm der Letzte (Bilanz über 25 Jahre Regierungszeit Wilhelms II.)“ in zweiter Auflage (16.-31.Tausend) in seinem Novitas-Verlag in Basel. Wie stark diesmal die Rezeption seines Buches war, ließ sich nicht ermitteln, sie ist aber in zahlreichen deutschen Bibliotheken vorhanden. Wegen der fortschreitenden Entwertung der Mark zog er im Mai 1920 zunächst nach Leipzig, ein paar Monate später nach Dresden um, verlangte auch weiterhin von führenden Beamten und Staatsmännern der Weimarer Republik die Wiedereinstellung in den Dienst, selbst als er bereits das pensionspflichtige Alter von 65 Jahren erreicht hatte, richtete auch wieder vergeblich eine Petition an den Reichstag und unterbreitete seinen Fall nach 1933 dem NS-Justizminister Franz Gürtner und 1938 sogar Adolf Hitler. Die letzten Lebensjahre verbrachte Ball in einem unvorstellbaren Elend, mit einer Pension, die auf Grund seines Gehalts von 1906 berechnet wurde und mit 103,75 Mark (1924) bzw. 232 Mark (1928) monatlich „zum Verhungern zuviel und zum Sattwerden in der mehr und mehr fortschreitenden Teuerung viel zu wenig ist“ (Ball). Am 12. März 1939 ging das qualvolle Leben Balls zu Ende.

2. Das Werk

In seiner Einleitung erklärte Ball: „Seit Jahren habe ich mein Material gewissenhaft gesammelt und gesichtet, um dem Leser die Zustände wahrheitsgemäß schildern zu können“ (S. 17). Er begann damit wahrscheinlich schon im Juni 1904 oder spätestens Mitte Juli 1905, als das Disziplinarverfahren gegen ihn lief, und fügte seine letzte Information Ende Dezember 1911 ein, also kurz vor der Drucklegung.² An anderer Stelle präzisierte er, woher dieses Material stammt: „Alle Behauptungen in der Broschüre stammen aus in Deutschland er-

² Er berichtet bereits über die Plettenberg-Affäre und ausführlich über die Mirbach-Affäre von Juni 1904, siehe S. 64 und 95 mit Anm. 127 und 216, doch definitiver Terminus post quem ist ein Zitat aus *BT* Nr. 366, 21.7.1905, siehe S. 54 mit Anm. 97; Terminus ante quem ist ein Hinweis auf eine Abstimmung in der französischen Kammer vom 20.12.1911, berichtet in *BT* Nr. 648, 21.12., siehe S. 149 mit Anm. 397.

schiene Zeitungen und Büchern, die ich seit vielen Jahren sammle.“³ Bei der Vorbereitung der Edition zeigte sich in der Tat, dass Ball nichts erfunden hat und fast alle seine Fakten zeitgenössischen Büchern, Broschüren und vor allem Zeitungen, insbesondere dem *Berliner Tageblatt*, entnahm, das er häufig paraphrasierte oder gar wörtlich kopierte. Ball legte sich in der Tat ein regelrechtes Pressearchiv an, und insbesondere die systematische Lektüre des linksliberalen *Tageblatts* dürfte auch seine politischen Anschauungen geprägt haben: Er bewunderte die parlamentarischen Demokratien Frankreich und Großbritannien, wo Premierminister und Regierung vom Parlament gewählt wurden, und verurteilte immer wieder das persönliche Regiment des deutschen Kaisers, der in der Tat ohne jede Mitwirkung des Reichstags den Reichskanzler nach Belieben ernannte und nach Balls Meinung auch die Politik in allen Einzelheiten bestimmte. Es soll hier nicht auf die heutige Diskussion über die je nach Zeitraum unterschiedliche Dimension des persönlichen Regiments Wilhelms II. eingegangen werden,⁴ es ist jedenfalls unbestreitbar, dass die meisten Zeitgenossen Balls Eindruck teilten, wie es der Publizist Maximilian Harden einmal formuliert hat: „Der Kaiser ist sein eigener Reichskanzler.“ Allerdings schoß Ball dabei zuweilen über das Ziel hinaus, insbesondere bei seiner Kritik des Reichstags (S. 28f.). Sein Vorwurf, dass dieser sich immer mehr Rechte habe nehmen lassen (S. 110), durch eigene Schuld verkümmert sei (S. 111) bzw. vom Kaiser verstümmelt wurde (S. 161), übersieht, dass die Rolle des Reichstags durch die Verfassung von vornherein auf die Gesetzgebung beschränkt war. Aber selbst diese nahm Ball für den Kaiser in Beschlag und amüsierte sich zum Beispiel darüber, dass der Kaiser in einem preußischen Gesetz „über das Wohl und Wehe von Ziegenböcken“ entschied (S. 103). Dabei sollte Ball gewusst haben, dass Gesetze vom Reichstag bzw. vom preußischen Landtag verabschiedet wurden und Wilhelm als Kaiser bzw. als König von Preußen sie nur unterzeichnete, unter Contresignatur des Reichskanzlers bzw. des preußischen Ministerpräsidenten und der preußischen Minister.

Dafür bot Ball, und das muss hier hervorgehoben werden, zahlreiche intime Informationen über Wilhelm II., die entweder noch immer unbekannt sind oder erst seit kurzem aus Akten bestätigt wurden. Zum Beispiel berichtete er ausführlich über die Verhältnisse des Kronprinzen mit der elsässischen Kokotte Emilie Klopp (Miß Love) im Jahre 1879 (S. 97 und Anm. 222) und der Gräfin Elisabeth von Wedel-Bérard im Jahre 1885 (S. 73f. und Anm. 154), was früheren Biographen von Emil Ludwig (1925) und Edgar von Schmidt-Pauli (1928) bis Michael Balfour (1964) und Lamar Cecil (1989) unbekannt blieb und erst

³ Demm 2017, S. 18f.

⁴ Mommsen 2002; König 2009.

1993 durch die Aktenrecherchen John C.G.Röhls wieder entdeckt wurde.⁵ Viele andere Aspekte, der problematische Charakter des Kaisers, seine unverantwortlichen Reden, seine Günstlingswirtschaft und die sittlichen Zustände am Hof sind inzwischen durch die historische Forschung eingehend untersucht und bestätigt worden.

Allerdings darf man eines nicht übersehen: Es handelt sich hier nicht um die akademische Untersuchung eines Wissenschaftlers, sondern um eine polemische Streitschrift, mit der ein mäßig gebildeter subalternen Beamter den Kaiser erpressen und ihn zwingen wollte, seine Wiedereinstellung in den diplomatischen Dienst anzuordnen. Daher übernahm er auch unzutreffende Gerüchte, dass z.B. der Kaiser sein Geld bei der Bank of England deponiert hätte (S. 135 mit Anm. 343), verdrehte manchmal absichtlich Fakten, zum Beispiel über Wilhelms angebliche Drohungen mit dem Weltkrieg (S. 31-33 mit Anm. 35) oder über sein Amerika angebotenes Standbild (S. 136 mit Anm. 348) und verschwieg seinen Anteil bei Verbesserungen, so zum Beispiel bei der Revision des Gesetzes über Majestätsbeleidigungen, die zu einem eindeutigen Rückgang der Prozesse führte (S. 71 mit Anm. 147). Ausgesprochen positive Aspekte wie des Kaisers Förderung der Schulreform oder der Wissenschaften kann man von diesem Buch schon gar nicht erwarten.

Doch Ball schrieb nicht nur über den Kaiser. Der Wert der vorliegenden „Bilanz über 25 Jahre Regierungszeit Wilhelms II.“, die von der bisherigen Forschung leider überhaupt nicht beachtet wurde, liegt vor allem in den zahlreichen wenig bekannten Details über die Missstände des Reiches: die Klassenjustiz (Kap. 4), die Misshandlungen der Rekruten und der desolate Zustand der Offizierskaste (Kap. 2), die Internierung politisch oder familiär missliebiger Menschen in Irrenhäusern (Kap. 5), die Willkür von Polizei und Bürokratie (Kap. 6 und 9), die Korruption der Beamten (S. 63f. mit Anm. 127, S. 65 mit Anm. 132, S. 67f. mit Anm. 138) und nicht zuletzt der mit Ordens- und Titelunfug verbundene Byzantinismus (Kap. 10). Dazu gehören auch verschiedene Ausführungen über als „Querulanten“ verfolgte Querdenker (S. 26-28 mit Anm. 24-26; S. 74 mit Anm. 155; S. 75f. mit Anm. 161; S. 122 mit Anm. 297), mit denen Ball wohl demonstrieren wollte, dass sein eigener Fall keine Ausnahme darstellt. Das Kapitel 12 über die brutale Germanisierung ist etwas unausgeglichen. Während Ball ausführlich über die Verfolgungen von Dänen und Elsässern berichtete, ignorierte er die in der früheren französischen Fassung seines Buches durchaus erwähnten Klagen der Polen und kritisierte stattdessen die pro-polnische Siedlungspolitik in Posen (S. 126-128 mit Anm. 313-318).

⁵ Röhl 1993, S. 462, 464ff.

Die „Weltpolitik des Kaisers“ (Teil II) ist wohl der schwächste Abschnitt des Buches, was bei einem ehemaligen Beamten des Auswärtigen Amtes merkwürdig anmutet. Abgesehen von Vorwürfen gegen Diplomaten, u.a. seine Vorgesetzten in der Gesandtschaft in Den Haag (S. 52 mit Anm. 95; S. 65 mit Anm. 130f.; S. 113f. mit Anm. 272; S. 150 mit Anm. 401), machte Ball auch hier den Kaiser für fast alles verantwortlich und konzentrierte sich überwiegend auf die Zeit nach 1905. Dadurch ignorierte er die Tatsache, dass es vor allem die verfehlte Außenpolitik des Reichskanzlers Graf Bülow um die Jahrhundertwende war, „jene weltberühmte Politik der versäumten Gelegenheiten“ einer Verständigung mit England, die die Grundlagen für Deutschlands „Einkreisung“ bzw. besser: Auskreisung gelegt hatte, die 1902 zur Ablehnung eines russischen Bündnisangebots und schließlich 1904 zur englisch-französischen „Entente cordiale“ geführt hatte – Tatsachen, die informierten Zeitgenossen durchaus bekannt waren.⁶

An einigen Stellen, insbesondere am Ende des Buches, trat Ball auch als weitschauender Prophet auf: Ein Weltkrieg sei unvermeidlich (S. 18, 39, 42), und es werde der Kaiser sein, der ihn entfesselt (S. 33, 38, 47, 134, 143 und Teil III). Dabei würden die Deutschen ohne Rücksicht auf Neutralitätsverträge Belgien und die Niederlande besetzen (S. 151), Japan würde auf Seiten der Entente gegen Deutschland kämpfen (S. 154), Polen wieder entstehen (S. 128). Nach der „Propheteiung der Pythia“ werde schließlich in Deutschland die Revolution ausbrechen, der Kaiser den Krieg verlieren und mit der Klage „Wo ist mein Land! Wo ist mein Volk geblieben!“ ins Exil gehen müssen (Teil III).

3. Die Edition

Als Vorlage diente die zweite Auflage des Buches, die 1919 in 5.000 Exemplaren in Balls Eigenverlag Novitas in Basel unter dem Titel „Wilhelm der Letzte (Bilanz über 25 Jahre Regierungszeit Wilhelms II.)“ erschien. Die Titulung war eine Kombination der Titel der in zwei verschiedenen Verlagen veröffentlichten Erstausgabe⁷: Der Haupttitel ging auf die im Kreie-Verlag Basel-Birsfelden erschienene Edition „Guillaume le Dernier – Deutsche Ausgabe“ zurück, der Untertitel übernahm den Titel von Balls Buch im Novitas-Verlag. Die erste Auflage war in beiden Ausgaben undatiert, wurde vom Verfasser laut Aufdruck auf dem Einband der zweiten Auflage als „1910/1911

⁶ Martin 1909, Zitat S. 282f.; zur heutigen Analyse die brillante Synthese bei Hildebrand 1999, S. 248ff., 258ff.

⁷ Vgl. oben S. 11.

erschieden, wie gerichtlich nachweisbar“ bezeichnet. Wegen des sehr späten Terminus ante quem vom 21. Dezember 1911 erscheint uns Januar 1912 als Datum wahrscheinlicher. Beide Auflagen sind bis auf den Titel identisch.

Ursprünglich war eine historisch-kritische Edition unter Berücksichtigung der französischen in Genf publizierten Fassung von 1909 vorgesehen. Bei der Vorbereitung stellte sich aber heraus, dass sich dieser Aufwand nicht lohnte, weil die französische Version nur weniger wichtige Einzelheiten, mehr Gerüchte und abfällige Bemerkungen, insbesondere gegen Bülow, enthielt; die deutsche Fassung stützte sich mehr auf Fakten, war aktualisiert und besser redigiert. Wir haben allerdings die Kapitelüberschriften aus der französischen Edition übernommen und ins Deutsche übersetzt.

Ball hatte nur Volksschulbildung, da, wie er bitter schrieb, „die akademische Bildung hauptsächlich [...] zur Privilegierung derer [dient], denen das Schicksal wohlhabende Eltern gegeben hat“ (S. 57). Daher gibt es in seinem Text kleinere Verstöße gegen die deutsche Grammatik und die Zeichensetzung sowie zuweilen eine unklare Wortwahl, die auch durch Lesefehler des Druckers bedingt sein kann. Derartige Wörter wurden zum besseren Verständnis ersetzt oder ergänzt, die Originalausdrücke angemerkt. Alles übrige, auch Druckfehler und Irrtümer bei der Schreibung von Namen, wurde stillschweigend berichtigt, die zeitgenössische Orthographie natürlich beibehalten. Hervorhebungen sind vom Verfasser.

Aufgabe der Kommentierung war nicht nur, einschlägige Vorgänge in gebotener Kürze zu klären. Es ging auch darum, den Wahrheitsgehalt von Balls Ausführungen an Hand von zeitgenössischen Quellen und Darstellungen zu überprüfen, wobei Zeitungsartikel eine große Rolle spielten. Dafür wurden die Jahrgänge 1908 bis 1911 des *Berliner Tageblatts* gründlich durchgesehen. Die Autoren der Aufsätze wurden meistens in den Zeitungen nicht genannt, bei kurzen Notizen entfiel sogar der Titel. Auf die Nennung von heutiger Sekundärliteratur wurde mit wenigen Ausnahmen verzichtet, da bei der Vielfalt der behandelten Themen der Anmerkungsapparat zu umfangreich geworden wäre. Die Suche nach den von Ball häufig benutzten Zeitungsartikeln war recht aufwändig. Während für die Zeit vor 1914 6 britische und 28 französische Zeitungen online mit Suchprogramm zu lesen sind, kann man in Deutschland nur 3 überregionale Zeitungen online nachschlagen, leider ohne Suchprogramm, eine davon immerhin das *Berliner Tageblatt*.⁸ Hilfreich war auch das Pressearchiv des Reichslandbundes.

Im April 2017

Nathalie Chamba und Eberhard Demm

⁸ <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/27646518/>

Einleitung

Ein Buch, wie es bislang wohl noch nicht geschrieben worden ist, wird hiermit der Öffentlichkeit übergeben. Vom deutschen Jüngling bis zum Greise – selbst die deutschen Frauen nicht ausgenommen – sollte dieses Buch mit Interesse, mit Nachdenken und frei von allen Vorurteilen gelesen werden.

Betrachtet man die 25jährige Regierungszeit Wilhelms II. unbeirrt durch Presse und Parteipolitik, nach bestem Gewissen und freier Überzeugung, so wird und muß ein jeder, dem noch etwas an der Gegenwart und Zukunft des Deutschen Reiches gelegen ist, zu dem Schluß kommen, daß ein Buch wie dieses dem ganzen deutschen Volke, den Kaiser nicht ausgenommen, notwendig ist.

Wie viele Bücher sind nicht schon über Wilhelm II. geschrieben worden? Was enthalten sie? Lobhudeleien für den Kaiser, Täuschung für das Volk, Gefallsucht nach oben, Haschen nach Geld, Orden, Titeln, Rang u.a.m.¹ Sie alle waren mehr oder weniger Eintagsfliegen, während dieses Buch kulturhistorischen Wert behalten wird.

Frei von solcher Unehrlichkeit und Liebedienerei habe ich mich seit vielen Jahren bemüht, dem Unrecht das Recht, der Unwahrheit die Wahrheit, dem Schein die Wirklichkeit gegenüberzustellen.

Ich weiß, daß meine Broschüre bis in die höchsten Kreise hinein gefallen, aber dem Kaiser die Zornesfalten auf die Stirn treiben wird.

Auch wird man hier und da einwenden, daß nicht der Kaiser, sondern der Reichskanzler und die Minister verantwortlich seien und vorhandene Fehler verschulden. Ich beantworte dies dadurch, wer soll denn sonst für alles verantwortlich gemacht werden, da ja doch des Kaisers persönliches Regime alles selbst anordnet, überall eingreift, ihm nicht konvenierende Minister, wie Dernburg und von Lindequist, sofort entläßt, während die dem Volke mißfallenden zur Erhöhung der kaiserlichen Autorität festgehalten werden.

Seit Jahren habe ich mein Material gewissenhaft gesammelt und gesichtet, um dem Leser die Zustände wahrheitsgemäß schildern zu können.

Man muß selbst Einblick in die zuständigen Kreise gehabt und zum Schutze hoher Schuldiger entrechtet worden sein, um sich zu solcher Erkenntnis, wie sie dies Buch erfordert, hindurchzuringen.

¹ Zum 25. Regierungsjubiläum des Kaisers im Jahre 1913 wurde mindestens ein Dutzend solcher Bücher veröffentlicht, vom repräsentativen Prachtband bis zum Kinderbuch, Beispiele bei Demm 2011, S. 199f.

Ich bin kein Schriftsteller und schreibe auch nicht aus Sensationslust, Leidenschaft oder gar Haß gegen den Kaiser und dessen Familie, sondern lediglich aus dem Empfinden, dem deutschen Volke zu dienen.

Fünfundzwanzig Jahre bei tadelfreier Aufführung im Dienste des Deutschen Reiches, im Auswärtigen Amte zu Berlin, bei einer Reihe von Gesandtschaften und Botschaften, auf meinen Antrag und in Ehren pensioniert, sowie seit 1896 im Auslande wohnend, habe ich meine Erfahrungen zum großem Teil im Verkehr mit Ausländern, aus fremder und heimatlicher Lektüre gesammelt.

Noch immer werden die Deutschen im Auslande Amerikanern, Engländern, Franzosen, Russen und den meisten anderen Nationalitäten gegenüber als minderwertig behandelt, wie sogar auch das ganze deutsche Volk, das doch anderen Nationen gegenüber so reich an Idealismus und Intelligenz ist, das geradezu Wunder der Technik und Industrie hervorbringt.

Das mit der eisernen Hand Bismarcks geschmiedete und mit dem teuern Blut unserer Vorfahren errichtete Deutsche Reich besteht wohl mehr als 40 Jahre, aber das freudige Zusammenhalten seiner Glieder ist noch immer nicht vorhanden und wird auf dem betretenen Wege auch niemals erreicht werden.

Im Auslande will niemand Deutscher, sondern Bayer, Württemberger, Badener, Sachse, Elsässer, Braunschweiger, Rheinländer, Hannoveraner und wer weiß was sonst noch – aber nur gelegentlich Deutscher sein. Die mit schwerem Gelde bezahlten hochfeudalen Botschafter, Gesandten und Konsuln des Reiches gewähren wohl den oberen Zehntausend Bequemlichkeiten, aber keinem anderen sterblichen Deutschen Schutz und Beistand – am allerwenigstens fremden Regierungen gegenüber, wie dies bei den gleichen Stellen anderer Nationen selbstverständlich und oberstes Gesetz ist.

Nicht etwa der einzelne Deutsche, der fast bescheiden im Ausland lebt, wohl aber seine reaktionäre Regierung und vor allem das persönliche Regime des Kaisers sind es, die heute fast jedem Deutschen und besonders dem Auslande das Deutsche Reich mißliebig machen.

Möge das deutsche Volk, dessen Geschichte sich offensichtlich nach ehernen Regeln vollzieht, den ihm beschiedenen Weltkrieg, an dem wohl niemand mehr zweifelt, überstehen, möge es darin zusammenhalten lernen, so daß daraus wenigstens das geeinigte Deutschtum erstehe, das schon die meisten unserer Vorfahren erwünschten,

d.i. ein einiges Deutschland, ohne das nun einmal kein Deutscher, kein Europa und vielleicht die ganze Welt nicht – gedeihen kann.

Ball

I. Der Kaiser

1. Persönliches Regiment und Kamarilla

Über keinen Monarchen ist in der Presse und in Broschüren schon so viel geschrieben worden wie über Wilhelm II., den dritten deutschen Kaiser. Seit seinem Regierungsantritt strebt der Monarch unausgesetzt danach, in allen Fragen der öffentlichen Meinung und auf allen Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Religion, Kriegslehre, Politik, des Verkehrs, Handels, der Landwirtschaft und Viehzucht oder was es auch immer sein mag, als Autorität betrachtet zu werden. Generale, Diplomaten, Gelehrte, Künstler, Finanziere und Kaufleute, überhaupt alle, die in Deutschland und darüber hinaus bekannt geworden sind, haben sich seinem unbedingten Willen zu fügen, ihre Fähigkeiten in seinen persönlichen Dienst zu stellen, die er dann meist als sein Talent verkünden läßt. Fügen sich die Betreffenden nicht, so werden sie von der für alle Kreise maßgebenden Hofgesellschaft, alias Kamarilla, boykottiert, sind es Beamte, Offiziere, Geistliche oder Lehrer, so werden sie aus ihren Ämtern gejagt. Sind die Verfolgten in ihrem Recht und kann man sie nicht durch die bestehenden Gesetze fassen, so erläßt Wilhelm II. selbst Verordnungen, die die Verfolgten zur Strecke bringen. Zahllose Beispiele und Opfer könnten hierfür angeführt werden, fast alle Tage liest man darüber in der Presse. Die mächtige Bureaucratie, hinter der stets der Monarch zu finden ist, benutzt die gemeinsten und brutalsten Mittel, um solche Gegner zu stürzen. Das eklatanteste Beispiel hierfür bietet unleugbar die Entfernung Bismarcks.²

Die Zustände sind schlimmer als ich sie schildere. Nicht etwa ein Pole, Däne, Hannoveraner, Elsässer oder Sozialdemokrat, sondern eines der hervorragendsten und zur Regierungspartei des deutschen Reichstages gehörendes Mitglied gab schon Ende 1908 im Reichstage folgendes Urteil ab: „Aller Schaden, den kaiserliche Reden und Taten bis jetzt angerichtet haben, wird überboten durch die Enthüllungen der letzten Kaiser-Interviews. Aber selbst diesen letzten und größten Schaden würden wir überwinden können, wenn wir wenigstens von jetzt an frei sein würden von der Besorgnis, daß der Kaiser in der bisherigen Weise weiterregiert. Aber dies ist nicht der Fall. Wir sind seiner autokratischen und unglücklichen Hand weiter anvertraut, wir und unsere Kinder. Unser Heer, unsere Flotte, unsere Diplomatie, unsere Regierung gehört

² Bismarck war nicht Opfer der Bürokratie. Er trat am 15. März 1890 auf Verlangen des Kaisers zurück, der nach dem persönlichen Regiment strebte.

alles diesem despotischen Gebieter. Wir mögen uns in unseren Gedanken zergrübeln, wie wir wollen, es bleibt immer dasselbe Ende: **Er hat die Macht!**“ Man hörte es, glaubte es, aber niemand wagte für Remedur einzutreten.³

Unter Bismarck wäre ein so häufiges Erscheinen der Monarchenweisheit in der Öffentlichkeit einfach ein Fatum gewesen, das zweifellos bis auf des Messers Schneide gewirkt hätte.

Alle Kreise seufzen unter diesem furchtbaren Druck und die mit jedem Jahre mächtiger werdende Bureaukratie sorgt mit den unerlaubtesten Mitteln und bei jeder Gelegenheit für die Verhimmelung des Monarchen, während sie anders Denkende und durch die Willkür des Monarchen vernichtete Personen oder solche, die die Handlungen des Monarchen zu kritisieren oder ihnen^a gar zu widersprechen wagen, unter gemeinen Entstellungen durch die monarchentreue Presse verächtlich machen oder zur Einschüchterung anderer sogar vor den Strafrichter schleppen läßt. Hierher gehört auch eine ziemliche Anzahl erster Künstler, deren Gemälde, Zeichnungen, Entwürfe und Ideen zu Denkmälern, Bauten usw. vor dem Monarchen oder richtiger vor der Hofclique niemals Gnade finden. Ihre Arbeiten werden, besonders wenn sie bereits den Beifall der öffentlichen Meinung gefunden haben, von Dilettanten bei Hofe verstümmelt und nach dem Geschmack Wilhelms II. mit möglichst viel ritterlichem und mittelalterlichem Aufputz versehen, wonach sie durch die große Presse belobt und bei der niemals ausbleibenden Einweihung unter salbungsvollen Reden als das geniale Werk Wilhelms II. verherrlicht werden.

Welche Unwissenheit im Hoflager Wilhelms II. regiert, beweist wohl nichts besser, als daß dort bei Verschandelung des Denkmals-Entwurfes für

³ Das Zitat stammt von dem linksliberalen Politiker Friedrich Naumann (1860-1919) und spielt auf das Interview im *Daily Telegraph* vom 28. Oktober 1908 an, in dem der Kaiser sich im Gegensatz zur öffentlichen Meinung in Deutschland als englandfreundlich bezeichnete und behauptete, die Engländer hätten die Buren mit Hilfe eines von ihm übersandten Feldzugplans besiegt. Wilhelms Behauptungen wurden in England wie in Deutschland, besonders im Reichstag, stark kritisiert. Naumanns Äußerung fiel aber nicht dort, sondern stammt aus seinem Aufsatz: „Die Politik des Kaisers“, *Die Hilfe* Nr. 45, 8.11.1908, S. 718-720, Zitat S. 718. Der Text wurde allerdings von Ball verschärft. Folgende Worte stehen nicht bei Naumann: durch die „Enthüllungen der letzten Kaiser-Interviews“, „seiner autokratischen und unglücklichen“ Hand, gehört alles „diesem despotischen Gebieter“. Für „Remedur“ trat die SPD ein, indem sie vergeblich Verfassungsänderungen forderte, um derartige Entgleisungen des Kaisers in Zukunft zu verhindern.

^a Original: fehlt.

den in der ganzen Welt gekannten Professor Virchow die Meinung bestand: „Virchow sei doch nur ein Tierarzt gewesen!“⁴

Wilhelm II. möchte nicht nur alles verstehen und besser wissen, sondern er will auch in seinen Talenten und Fähigkeiten alle andern übertreffen. So redet er, singt er, malt er, konstruiert er, komponiert er, dichtet er, predigt er, lehrt er die Kreuzung mit dem indischen Zibubullen, entwirft er Vernichtungspläne für und gegen die Engländer, so will er im Kriege sein eigener Generalstabs-Chef und Reichskanzler sein, während nachweislich alles, was er bislang auf diesen Gebieten als sein eigenes Werk verkünden ließ, aus dem Geist und den Händen anderer hervorgegangen ist, wie z.B. „der Sang an Aegir“, womit sich der Monarch einst so viel feiern ließ, das Werk seines intimen Freundes, des Fürsten Eulenburg ist.⁵ Wilhelm II. überschätzt sich nicht nur, sondern er leidet sogar an **Größenwahn**, denn sonst würde er sich in seinen Fähigkeiten nicht schon mehrmals mit Friedrich dem Großen verglichen und Napoleon I. zum Parvenu degradiert haben.⁶

Unter Wilhelm II. geht's in Deutschland nicht mehr nach Kunst, sondern nur noch nach Gunst. Je höher man hinaufsteigt, desto zahlreicher und gewissenloser werden seine Günstlinge und Schmeichler. In Offiziers-, Beamten-, Gelehrten-, Künstlerkreisen usw. dominieren sie und werden von den aus dem Volke hervorgegangenen Talenten, die ihnen unterstellt sind, getragen. Alles, was sich dieser Willkür nicht fügt, wird rücksichtslos nach Art des Monarchen niedergetreten. Bei Basaren, Einweihungen, Ausstellungen, kurz, bei allen Festlichkeiten müssen Prinzen, Fürsten oder Grafen den Ehrenvorsitz einnehmen. Das Volk hat Selbstbestimmung und Selbstvertrauen längst verloren und fügt sich widerspruchslos dem preußischen Knuten- und Büttelsystem. Die

⁴ Das Zitat ließ sich nicht ermitteln. Der erste Entwurf des Denkmals für den berühmten Arzt und freisinnigen Politiker Rudolf Virchow (1821-1902) von Fritz Klimsch wurde vom Kaiser abgelehnt, der zweite ebenfalls, aber von den Stadtverordneten akzeptiert. Er wurde so ausgeführt und am 29. Juni 1910 eingeweiht, in Abwesenheit des Kaisers, vgl. „Der Kaiser und das Virchow-Denkmal“, *BT* Nr. 203, 22.4.1908, S. 5.

⁵ Den „Sang an Aegir“ verfasste der Kaiser mit Hilfe seines Freundes Eulenburg (siehe Anm. 10): Georg Oswald, „Wie der ‚Sang an Aegir‘ entstand“, *Berliner Zeitung am Mittag* Nr. 119, 22.5.1911, nach BArch, R 8034, II 4013, Bl. 114v.

⁶ Überliefert sind Äußerungen wie: „Ich komponiere wie Friedrich der Große“, „Ich trage nur Uniform wie Friedrich der Große“, „Mein Haß gegen England gleicht der Verachtung Friedrichs des Großen für dieses Volk von Handelsleuten und Dieben.“: Booth/Fischer 1918, S. 260f. – „Der korsische Parvenu“: Trinkspruch am 14. September 1891 beim Festmahl des IV. Armeekorps in Erfurt: Schröder 1907, S. 141.

Bourgeoisie schwankt schon seit Jahrzehnten zwischen der Aristokratie und der Demokratie. In ihrer Unentschlossenheit wartet sie vergeblich auf Rücksicht von oben und verliert dabei eine Position nach der anderen. Die Kämpfe um Freiheit und Menschenrechte, die von der französischen Nation schon zur Zeit des Mittelalters gegen einen herrschsüchtigen Adel durchgefochten wurden, stehen dem deutschen Volke unzweifelhaft in Kürze bevor, denn das persönliche und brutale Regime des Monarchen treibt dieser Entscheidung mehr und mehr zu. Mag die kaiserliche Regierung und ihre Presse noch soviel gegen Frankreichs republikanische Einrichtungen zetern, das deutsche Volk hat längst eingesehen, daß sie nachgeahmt werden müssen, wenn Deutschland nicht auch noch hinter Mecklenburg rangieren will.

Die verantwortlichen Reichsministerien mit Lakaien-Seelen wie Bülow und Bethmann an der Spitze sind längst zu willenslosen Werkzeugen des Monarchen und ihre vom Volke gut bezahlten Ämter zu Sinekuren herabgewürdigt worden.⁷ Ihre einzige Tätigkeit besteht darin, die mit jedem Jahre gewaltig anschwellenden Heeres- und Marinebudgets vor den Parlamenten zu vertreten, wofür sie die Instruktionen aus den drei kaiserlichen Kabinetts erhalten, in denen sich die nie ersterbende Kamarilla in Gestalt von allerlei Höflingen und Hofgeneralen breit macht.⁸ Alle, die ihnen nicht konvenieren, treiben sie unter Anwendung niedrigster Mittel vom Monarchen fort, sie geben ihm überall recht, zeigen ihm bei jeder Gelegenheit ihre anbetenden Gesichter und küssen ihm zuweilen sogar die Hände,⁹ so daß der Monarch sich einbildet, von niemandem beeinflußt und vom Gottesgnadentum geleitet zu werden.

In der äußeren Politik ist an Stelle des Fürsten Eulenburg und einiger Mitglieder der „Liebenberger Tafelrunde“ der Fürst zu Fürstenberg¹⁰ getreten, der

⁷ Bernhard von (ab 1899 Graf, ab 1905 Fürst) Bülow (1849-1929), 1897-1900 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 1900-1909 Reichskanzler. – Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1905-1907 preußischer Innenminister, 1907-1909 Staatssekretär des Innern, 1909-1917 Reichskanzler.

⁸ Das Zivilkabinet: 1888-1908 unter Hermann von Lucanus, 1908-1918 unter Rudolf von Valentini; das Militärkabinet: 1901-1908 unter General Dietrich von Hülsen-Haeseler, 1908-1918 unter General Moriz von Lyncker; das Marinekabinet: 1888-1906 unter Admiral Gustav von Senden-Bibran, 1906-1918 unter Admiral Georg Alexander von Müller.

⁹ Zum Händeküssen: Zedlitz 2005 [1923], S. 97 und Röhl 2001, S. 198.

¹⁰ Fürst Philipp zu Eulenburg (1847-1921), enger Vertrauter des Kaisers, empfing ihn und andere zum Teil homosexuelle Freunde auf seinem Schloss Liebenberg bis zu den Homosexuellenprozessen 1907. – Max Egon II. Fürst zu Fürstenberg (1863-1941), Großgrundbesitzer und seit 1907 enger Vertrauter des Kaisers.